

Liebe Freunde,

wir verabschieden in dieser Woche den Bundeshaushalt 2017. Wir halten damit unser Wahlversprechen ohne jeden Abstrich ein. Die schwarze Null steht bereits im vierten Jahr in Folge und es gab keine Steuererhöhungen. Wir konnten sogar beginnen, Schulden zu tilgen.

Als Haushaltsberichterstatter des Bundeswirtschaftsministeriums für die CDU/CSU-Fraktion durfte ich wieder die Rahmendaten für dieses besonders wichtige Ministerium im Plenum des Deutschen Bundestages vortragen.

Die Fördermaßnahmen des Bundeswirtschaftsministeriums richten sich schwerpunktmäßig auf innovative Technologien, mittelständische Aktivitäten sowie den Außenwirtschaftsbereich. Die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausgaben für 2017 werden um gut 300 Millionen Euro auf über 7,7 Milliarden Euro angehoben.

Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) haben wir hervorragende Instrumentarien, um den Mittelstand zu fördern und zu unterstützen. Diese Programme werden sehr stark nachgefragt und wir können regelmäßig nicht alle Projektanträge bewilligen. Darum hat sowohl das ZIM, nach den Beratungen zum Einzelplan des Wirtschaftsministeriums, nun insgesamt 10 Millionen Euro mehr zur Verfügung als auch die IGF, die wir um 30 Millionen Euro aufgestockt haben. Im besonders wichtigen Programm ZIM haben wir nun insgesamt 548 Millionen Euro für den innovativen Mittelstand bereitgestellt.

Ein weiteres wichtiges Instrument für die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sind die Auslandsmessen. Viele Unternehmen haben oft nicht die finanziellen und vor allem nicht die personellen Ressourcen, um sich Auslandsmärkte gezielt zu erschließen. Die Beteiligung an Ausstellungen und Messen ist aber ein wichtiger Vertriebsfaktor, um die qualitativ hochwertigen Produkte, die unser Mittelstand herstellt, auch im Ausland absetzen zu können. Darum habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Mittel für das Auslandsmesseprogramm nochmal um 1,5 Millionen Euro heraufgesetzt werden.

Außerdem bin ich besonders froh darüber, dass wir nach den diesjährigen Haushaltsberatungen mit der Einrichtung von sechs Forschungsinstituten unter dem Dach des Deutschen Zentrums für Luft— und Raumfahrt (DLR) die Forschungslandschaft in Deutschland weiter stärken werden. Für diese sechs neuen Institute stellen wir zusätzliche 42 Millionen Euro bereit. Die Institute werden so wichtige Themen wie das virtuelle Flugzeug — unter dem Stichpunkt Industrie 4.0 — oder der Schutz maritimer Infrastrukturen mittels Satellitentechnologie, bearbeiten.



Als Niedersachse ist mir aber auch die maritime Wirtschaft besonders wichtig. Sie ist für uns ein großer und wichtiger Wirtschaftszweig und schafft viele hochqualifizierte Arbeitsplätze. Denn Deutschland ist vor allem im Spezial— und Kreuzfahrtschiffbau weltweit führend. Darum haben wir den Ansatz des Regierungsentwurfes für den Innovativen Schiffbau von 15 Millionen Euro wieder auf 25 Millionen Euro hochgesetzt.

Mit den diesjährigen Beratungen haben wir insgesamt einen verantwortungsbewussten und zukunftsweisenden Haushalt aufgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Angela Merkel kandidiert erneut

Ich freue mich, dass unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sich bereit erklärt hat, als Spitzenkandidatin zur nächs-Bundestagswahl anzutreten. Angela Merkel genießt das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung und hat international ein hohes Ansehen. Und auch wenn ich ihr in den vergangenen Jahren mitgeteilt habe, wenn ich Entscheidungen für nicht richtig gehalten habe und ich überzeugt davon bin, dass dies in einer Volkspartei sein darf und vielleicht auch sein muss, ist ihr meine Unterstützung sicher. Gerade die Veränderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind sicherlich auch auf uns Kritiker aus den eigenen Reihen zurückzuführen.

In den nächsten Jahren bis 2021 stehen wegweisende Entscheidungen an, die unser Land im nächsten Jahrzehnt prägen werden. Für die Fortsetzung der erfolgreichen Regierungsarbeit setzen wir auf folgenden Leitlinien:

Erstens wollen wir eine starke Wirtschaft und einen Staat, der durch gute Bildung und Forschung, durch Innovationsfreude und eine vernünftige Datenpolitik die Grundlage dafür legt, dass Deutschland auch im Zeitalter der Digitalisierung wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Damit wollen wir die Grundlage unseres Wohlstands und damit auch unseres Sozialstaats sichern.

Wir wollen zweitens einen starken Staat. Wir leisten in diesen bewegten Zeiten unseren Beitrag für Sicherheit und internationale Stabilität. In die innere und äußere Sicherheit wird weiter massiv investiert. Überall in unserem Land müssen Recht und Gesetz gelten und durchgesetzt werden. Wir stehen für soziale Sicherheit und eine Gesellschaft, in der

den Schwachen geholfen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die zusammensteht. Deshalb müssen sich auch diejenigen, die zu uns gekommen sind, integrieren und dürfen sich nicht isolieren.

Wir wollen drittens mehr Aufmerksamkeit für die vielen Millionen Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, die für ihre Kinder und Enkelkinder da sind, die sich in unserem Land in Vereinen, den Kirchen und sozial engagieren, und für sie Erleichterungen schaffen. Dazu gehören eine bessere Förderung von Familien und Kindern, eine gute Infrastruktur sowie eine steuerliche Entlastung für diese Leistungsträger aus der Mitte unseres Landes.

Unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel hat sich Deutschland zum wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch stabilsten Land Europas entwickelt. Angesichts der großen Bewährungsproben in Europa wollen wir daher viertens zusammen mit unserer Bundeskanzlerin und unseren europäischen Partnern die Europäische Union voranbringen und im Sinne eines geeinten Kontinents zur Lösung der Probleme beitragen. Europa ist heute für uns Deutsche wichtiger denn je.

Der nächste Bundestagswahlkampf wird schwer werden. Wir erleben eine starke Polarisierung in unserem Lande. Sowohl von links als auch von rechts werden wir als Union herausgefordert werden. Rot-Rot-Grün ist eine Machtoption, die viele im linken Lager anstreben, die aber nicht gut wäre für Deutschland. Daher müssen wir als Union gemeinsam in diesen Wahlkampf gehen und geschlossen für ein Ziel kämpfen: Wir müssen so stark werden, dass ohne uns als stärkste politische Kraft keine Regierung gebildet werden kann.

Industrie investiert weiter

Im Jahr 2015 haben die deutschen Industrieunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 59,8 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Dies waren rund 2,1 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2014, was einem Zuwachs von 3,5 Prozent entspricht. Damit haben die Investitionen den bisherigen Höchststand von 2008 damals waren es 60 Milliarden Euro nahezu wieder erreicht. Das Investitionsvolumen hat sich gegenüber 2014 insbesondere in der Herstellung von Gummiund Kunststoffwaren erhöht (plus 16,4 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro). Einen deutlichen Anstieg gab es jeweils auch in der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (plus 10,6 Prozent auf 2,4 Milliarden Euro) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (plus 5,8 Prozent auf 4,4 Milliarden Euro). Der Wirtschaftszweig mit dem höchsten Investitionsvolumen bildet die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Hier stiegen die Investitionen um 5,2 Prozent auf 14,302 Milliarden Euro. Leichte Rückgänge gab es bei der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (minus 3 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro) und von chemischen Erzeugnissen (minus 1,7 Prozent auf 5,1 Milliarden Euro).



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Sebastian Fischer